

Gärtner=Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der
Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Offizielles Organ des

Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin)

(seit dem 1. Januar 1904 mit der Deutschen Gärtner-Vereinigung vereinigt) und des

Schweizerischen Gärtner-Fachverbandes (Sitz: Zürich)

Mitglieder des Allg. Deutschen Gärtner-Vereins erhalten die Zeitung gratis.

Erscheint
wöchentlich jeden
Sonnabend.
Jährlich
52 Nummern.

Abonnements
nehmen alle Post-
anstalten entgegen.
Preis vierteljährlich
3.90 Mark.

Redaktion und Expedition:
Berlin N. 37. Metzger Strasse No. 3.

Eigentümer und Herausgeber:
Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.

Redaktionschluss:
Jeden Dienstag Morgen.

Protest der Hilfskassen.

Auf Seite 406 des vor. Jahrg. d. Ztg. publizierte der Hauptvorstand der Krankenkasse f. d. G. den von der Reichsregierung dem Reichstage unterbreiteten Gesetzentwurf über die Hilfskassen, dabei bemerkend, daß „bei Annahme desselben keine wesentlichen Änderungen des Statuts (unserer Krankenkasse) notwendig sind“. Mit anderen Worten ausgedrückt: Der Hauptvorstand der K. f. d. G. bekundete seine Meinung dahin, daß man das neue Gesetz ruhig hinnehmen könne, da die Unterstellung der Hilfskassen unter eine andere Verwaltungsbehörde doch gewissermaßen nur eine Formsache sei, die das Wesen dieser Kasseneinrichtungen nicht weiter berühre. Da jener Bekanntmachung des Hauptvorstandes der K. f. d. G. hinzugefügt war „doch werden wir den Gesetzentwurf noch später einer Besprechung unterziehen“, so nahmen wir, um dem zumeist Interessierten den Vortritt zu lassen, zunächst Abstand, selbst Stellung zur Sache zu nehmen. Die in Aussicht gestellte Besprechung ist aber unterblieben. Inzwischen haben die in sozialen Dingen regsameren Hauptvorstände der in der Frage gleichinteressierten Hilfskassen sich der Materie nachdrücklichst angenommen und einen Protest gegen jenen Gesetzentwurf vorbereitet, der in einem allgemeinen Kongreß am 16. und 17. Januar ds. Js. kraftvollen Ausdruck gefunden hat.

Der von der Reichsregierung ausgearbeitete Gesetzentwurf bestimmt die Aufhebung des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen vom Jahre 1876 und die Unterstellung dieser Kasseneinrichtungen unter das Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen von 1901. Als Begründung für diese Maßnahme dienen der Regierung die sogenannten „Schwindelkassen“, das heißt Hilfskassen, die von gewissenlosen Personen zu dem Zwecke gegründet werden, um nicht etwa wirkliche Wohlfahrtsinstitute zu sein, sondern um die Taschen ihrer Gründer zu füllen und die Mitglieder auf feine und unfeine Art um ihre erworbenen Rechte zu betrügen. Indem also alle Hilfskassen dem Privatversicherungsgesetze unterstellt sind, soll die Existenz dieser Schwindelkassen unmöglich werden. Aber damit zugleich werden auch die wirklich soliden Kassen und besonders die zentralisierten Krankenkassen, die auf beruflicher Grundlage errichtet sind, in eine Atmosphäre versetzt, die zunächst ihr ganzes Wesen verändert und

dann auch zugleich ihre weitere Lebensfähigkeit in Frage stellt. Das aber ist das eigentliche Ziel, dem der neue Gesetzentwurf hauptsächlich dienen soll: die freien Hilfskassen auf den Aussterbeetat zu setzen!

Es liegt im Tiefinnersten des ganzen heutigen Staatswesens begründet, daß die Regierung in allen Zweigen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens darauf aus ist, überall dort, wo sich Einrichtungen entwickeln, die den Bedürfnissen des Volkes in materieller oder geistiger Beziehung durch gemeinsames, genossenschaftliches Zusammenwirken Rechnung tragen wollen; überall dort, wo solche Einrichtungen ihre Lebensfähigkeit erwiesen haben und weiteren Ausbaues fähig sind, daß sobald wie möglich der Staat seine Hand danach ausstreckt, um diesen Einrichtungen das Recht der freien Selbstverwaltung zu nehmen und die Einrichtung selbst vor allen seinen Machtbedürfnissen gegenüber dem Volke und insbesondere gegenüber der Arbeiterschaft dienstbar zu machen.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Reichsregierung (ebenso wie die Staatsregierungen, die in jenen Prinzipien solidarische Interessen vertreten) bestrebt ist, womöglich im gesamten sozialen Versicherungswesen das Selbstverwaltungsrecht aufzuheben oder doch zum Scheindasein herabzudrücken und dafür die Staatsallmacht mit dem heiligen Bürokratismus, vertreten durch von der Regierung eingesetzte Militäranwärter, ehemalige Feldwebel und Unteroffiziere, zu setzen. Also den Verwaltungsapparat der sozialen Institute durch ein Beamtenelement bedienen zu lassen, daß für solche Institute das allerungeeignetste ist. Das Krankenkassenwesen hat sich in dieser Zielrichtung zur Zeit der allergrößten „Aufmerksamkeit“ zu „erfreuen“. Und die freien Hilfskassen sind es, die da noch am meisten im Wege stehen. Gelingt es, diesen auf die eine oder andere Weise den Garaus zu machen, dann wird der Weg dazu frei, auch den Pflicht-Krankenkassen (sogen. Zwangskassen) das freie Selbstverwaltungsrecht zu beschneiden und den heutigen Einfluß der Arbeiterschaft auf diese Institute zurückzudrängen.

Man erkennt aus diesem, daß das neue Gesetz eine sehr weittragende Bedeutung hat und daß jeder dagegen Front machen muß, dem das Volksrecht der freien Selbstverwaltung als kulturfördernder, der Autokratismus jedoch als kulturfördernder Faktor erscheint. Für die „Ausrottung der

Schwindelkassen“ gibt es zweifellos weit sicherere Mittel wie den in Frage kommenden Gesetzentwurf. Aber dieser Vorwand ist, wie schon gesagt, ein Mittel, um auf bequemem Wege durch eine Hintertür zu den anderen Zielen zu kommen, und — dabei auch die Kassen zu schonen, die vorzugsweise von Unternehmern geleitet werden: die Innungs-, Betriebs- und Fabrikkrankenkassen.

Für den Hauptvorstand der Krankenkasse f. d. Gärtner ist es sehr bezeichnend, daß er grade dieses in der Tat Wesentliche als „unwesentlich“ ansieht. Das soziale Moment der freien Hilfskassen ist, — wie wir das ja auch schon gelegentlich der letzten Generalversammlung tadeln mußten —, da er mit dem pulsierenden sozialen Leben nicht die notwendige Fühlung unterhält, seinem Gedankenkreise fremd geworden. Das werden wir solange betonen, bis man sich bequemt, den sozialen Forderungen unserer Zeit die gebührende Beachtung zu schenken. —

Der Hilfskassenkongreß am 16. und 17. Januar tagte im Gewerkschaftshaus in Berlin und war von 243 Delegierten beschickt, die 291 Kassen mit 850 000 Mitgliedern vertraten. Die einberufende Kommission hatte Einladungen auch an das Reichsamt des Innern, an das kaiserliche Aufsichtsamt und an die Reichstagsfraktionen gerichtet. Staatssekretär Graf von Posadowsky hatte geantwortet, daß er absehen müsse, sich vertreten zu lassen, daß er aber, falls ein Bericht über die Verhandlungen erscheinen sollte, dessen Einsendung gern entgegennehme. Das kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung erwiderte kurz, daß „es sich versagen müsse, der Einladung Folge zu leisten.“ Von Reichstagsfraktionen war nur die sozialdemokratische vertreten.

Die Verhandlungen bildeten einen selten einmütigen und wichtigen Protest gegen den Gesetzentwurf der Regierung. Einstimmig wurde folgende Resolution beschlossen:

„Der am 16. und 17. Januar in Berlin im Gewerkschaftshaus zusammengetretene Kongreß der freien Hilfskassen, beschickt mit 243 Delegierten, die 291 Kassen mit 850 000 Mitgliedern vertreten, protestiert nach eingehender Erörterung des betreffenden Gesetzentwurfes der verbündeten Regierungen gegen die in diesem Entwurf geforderte Aufhebung des Hilfskassengesetzes. Der Kongreß verurteilt zwar nicht minder energisch wie die verbündeten Regierungen es tun, jede unreelle Verwaltungspraxis. Er wünscht die Beseitigung des Schwindelkassenwesens, das tatsächlich hier und da sich geltend gemacht hat. Aber diese durch öffent-

liches Rechtsbewußtsein und staatliches Interesse gebotene Reform kann sehr leicht erreicht werden, ohne daß das Hilfskassengesetz, das nach dem Zugeständnis der Regierungen sehr segensreich gewirkt hat, der Aufhebung verfällt. Der Kongreß fordert für alle auf Grund des Hilfskassengesetzes bestehenden Kassen, die nicht erwiesenermaßen sich unerlaubter Geschäftspraxis schuldig machen, die ausdrückliche gesetzliche Anerkennung. In erster Linie sind die berechtigten Interessen der Berufskassen ins Auge zu fassen, von denen die verbündeten Regierungen in den Motiven zu ihrem Gesetzentwurf selbst sagen: „daß sie eine einwandfreie Tätigkeit entfalten und den gehegten Erwartungen entsprochen haben“.

Es steht nach Ermessen des Kongresses außer Zweifel, daß die Unterstellung der Hilfskassen unter das Privatversicherungsgesetz gleichbedeutend sein würde mit der Hinwirkung auf die Beseitigung dieser Kassen überhaupt. Sie würden dadurch gegenüber den anderen Krankenkassen in die denkbar ungünstigste Existenzbedingung gestellt werden. Vor allem bleibt auch zu erwägen, daß durch den vorliegenden Gesetzentwurf eine in keiner Hinsicht zu rechtfertigende Schädigung der bisher in den Hilfskassen versicherten Personen bewirkt würde. Und zwar in erster Linie derjenigen, die infolge ihres Alters oder einer nicht versicherungspflichtigen Beschäftigung ihre Aufnahme in eine andere Kasse nicht herbeiführen können. Aber abgesehen von all den schweren Schädigungen, die sich für die Hilfskassen aus der beabsichtigten Unterstellung unter das Privatversicherungsgesetz ergeben würden, ist zu berücksichtigen, daß dem Prinzip der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung auf diesem Gebiete die Gefahr der Vernichtung droht, wenn die Kassen rücksichtlich ihrer Existenzberechtigung dem willkürlichen Ermessen des Reichsaufsichtsamtes unterworfen werden.

Auf Grund all dieser Erwägungen richtet der Kongreß an den Reichstag das dringende Ersuchen, den angefochtenen Gesetzentwurf abzulehnen.

Sollte der Reichstag indes wider Erwarten im Prinzip dem Entwurf der verbündeten Regierungen zustimmen und sich für Aufhebung des Hilfskassengesetzes entscheiden, so erwartet der Kongreß, daß der Reichstag wenigstens folgende Bestimmungen in das Gesetz aufnimmt:

§ 3 des Entwurfes einschalten, als:

„Absatz 2. Die in Absatz 1 bezeichneten Versicherungsvereine sind als „kleinere Vereine“ im Sinne des § 53 Abs. 1 des Gesetzes über

die privaten Versicherungs-Unternehmungen (Reichs-Gesetzblatt 1901, Seite 125) anzusehen.

Absatz 3. Der ausschließliche Gerichtsstand dieser Versicherungsvereine ist bei dem Gerichte, in dessen Bezirk der Verein seinen Sitz hat, wenn nicht die Satzung ein anderes bestimmt.

Absatz 4. Sie haben einen Reservefonds im Mindestbetrage der durchschnittlichen Ausgabe der letzten fünf Rechnungsjahre anzusammeln, und erforderlichenfalls bis zu dieser Höhe zu ergänzen.

Absatz 5. Solange der Reservefonds diesen Betrag nicht erreicht, ist demselben mindestens ein Zehntel des Jahresbetrages der Kassenbeiträge zuzuführen.

Absatz 6. Auf Versicherungsvereine dieser Art finden die Vorschriften des § 115 Absatz 2 und 3 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen keine Anwendung. Dagegen sind die Vereine befugt, örtliche Verwaltungsstellen zu errichten.

Absatz 7. Eine Vereinigung dieser Versicherungsvereine zu einem Verbandsverbande behufs gegenseitiger Aushilfe kann unter Zustimmung der Generalversammlungen der einzelnen Versicherungsvereine und auf Grund einer schriftlichen Satzung erfolgen.

Absatz 8. Die gemäß § 124 Absatz 2 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen vorzunehmende Prüfung des Geschäftsbetriebes und der Vermögenslage der Versicherungsvereine vorstehend gedachter Art erfolgt auf Kosten der Aufsichtsbehörde.

Außerdem fordert der Kongreß als das mindeste, was gerechte Erwägung gebietet, die Aufnahme der Bestimmung in das Gesetz, daß die Gültigkeit der jetzt geltenden Bescheinigung bis zum 31. Dezember 1907, statt wie in dem Gesetzentwurf vorgesehen, bis 31. Dezember 1906 ausgedehnt wird, weil sonst die Hilfskassen mit ihrer Neuordnung nicht fertig werden würden.“

Mit Majorität wurde ferner folgender Antrag angenommen:

„Der Kongreß verpflichtet, alle beteiligten Kassen zur Aufnahme folgender Statutenbestimmung:

„Mitglieder anderer Hilfskassen (§ 75 H.-K.-G.), deren Statut eine nämlliche Bestimmung enthält, finden bei Zuzug aus anderen Orten Aufnahme ohne Erfüllung der Bestimmungen über Eintrittsgeld, Lebensalter und ärztliche Untersuchung, sofern sie sich innerhalb 14 Tagen nach Austritt bzw. Verzug anmelden und den Nachweis erbringen, daß sie ihre Beitragspflicht bis zu ihrem Austritt erfüllten. Jedoch haben diese Mitglieder keinen

Anspruch auf Unterstützung für einen Krankheitsfall, welcher zur Zeit des Übertritts bereits bestanden hat.“

Ein Antrag der Breslauer Hilfskassen hat folgenden Wortlaut:

„Sofern der Entwurf Gesetz werden sollte, möge die Zentralleitung einen Statutenentwurf nach den dann neugeschaffenen Grundsätzen ausarbeiten und diesen Entwurf den auf dem Kongreß vertretenen gewesenen Kassen rechtzeitig erhältlich machen, um so möglichste Einheitlichkeit zu schaffen.“

In der Debatte über diesen Antrag wird die Schwierigkeit und das Wünschenswerte seiner Durchführung hervorgehoben und schließlich der Antrag mit 76 gegen 58 Stimmen angenommen.

Die Ausführung der Kongreßbeschlüsse wird der bisherigen Kommission, die auch den Kongreß vorbereitet hatte, weiter übertragen.

Bericht über die erste Konferenz des Fünften Agitations-Bezirks.

Sonntag, den 7. Januar 1906, in Leipzig.

Tagessordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht der Zweigvereine. 2. Organisation und Agitation. 3. Beratung der Geschäftsordnung und Höhe der Beiträge. 4. Unsere wirtschaftliche Lage. 5. Sonstige Anträge und Wahlen.

Vertreten sind die Zweigvereine Altenburg, Plauen, Weimar, Erfurt, Halle, die Ortsverwaltungen Dresden und Leipzig durch 13 Delegierte. Als Vertreter des Hauptvorstandes ist Schmidt-Berlin anwesend.

Zum 1. Punkt gibt Haucke Bericht über die Dresdener Verhältnisse, daß es Mühe und Arbeit gekostet, dank aber dem Eintreten der dortigen Mitglieder Verbesserungen erzielt wurden und der Markenumsatz im Jahre 1905 auf 10000 gestiegen sei. An Neuaufnahmen sind zirka 600 gemacht worden. Jänicke berichtet über Leipzig: Hier seien die Verhältnisse kolossal zerrüttet gewesen. Durch persönliche Streitigkeiten wurde die Einigkeit unter den Mitgliedern untergraben, jedoch hat es sich im Laufe der Zeit geändert, sodaß auch hier konstatiert werden kann, daß es vorwärts geht. An Neuaufnahmen wurden gemacht 183 und über 5000 Marken umgesetzt. Ehrlich-Erfurt berichtet, daß der Mitgliederbestand 39, die Gesamteinnahme 550 Mk. betrage. Schwierig sei das Arbeiten, da die leitenden Personen leicht der Maßregelung unterliegen. Picht-Halle kann über günstige Kassenverhältnisse berichten: Einnahmen 752,68 Mk., Neuaufnahmen 56. Agitation sei mit Umständen verknüpft, da die Gärtnereien weit von einander

Feuilleton.

Ein neues Weltsystem.

Das berühmte Weltsystem, das ziemlich gleichzeitig von Kant und Laplace aufgestellt wurde, hat bis auf die Gegenwart seinen Rang bewahrt. Noch heute gilt die darin begründete Theorie, daß sich die Planeten nacheinander von dem rotierenden Gasball der Sonne infolge seiner Umdrehungsgeschwindigkeit abgesondert haben, als die wahrscheinlichste Erklärung für die Entstehung der Planeten und ihren Beziehungen zum Sonnenkörper. Vor fünf Jahren unterwarfen zwei hervorragende amerikanische Astrophysiker, Moulton von der Universität Chicago und Professor Chamberlin, die Theorie von Kant und Laplace einer neuen Prüfung und fanden so viele Widersprüche darin, daß sie ihnen nicht mehr als genügend erscheinen konnte. Jetzt hat der erste dieser beiden Forscher im Astrophysischen Journal eine neue Theorie vorgebracht, die mit den Beobachtungen und Rechnungen besser übereinstimmen soll. Sie erklärt, daß die Planeten und ihre Monde um ursprüngliche Kerne von beträchtlichen Dimensionen gebildet worden sind, die in einem ungeheuren

Spiralnebel vorhanden waren. Dieser Spiralnebel würde als ähnlich denen zu denken sein, die nach den neuesten astronomischen Untersuchungen am Sternenhimmel weit häufiger sind als alle Nebel anderer Gestalt. Das Wachstum dieser einzelnen Kerne wäre durch allmählichen Zutritt kleiner Massen verursacht worden und soll die verschiedenen Arten von Körpern erklären, die jetzt im Sonnensystem zu finden sind, ebenso ihre heutigen Bewegungen und Geschwindigkeiten. Die Theorie baut sich durchweg auf dynamischen Grundsätzen auf. Der ursprüngliche Spiralnebel aber ist vermutlich durch die große Annäherung eines andern Sterns an den Körper gebildet worden, der heute unsere Sonne ist. Diese äußere Entstehung hätte in der Sonnenmasse Gezeitenbewegungen veranlaßt und durch fortgesetzte Wirkung den Auswurf ungeheurer Massen verursacht, die dann in eine spiralförmige Form ausgezogen wurden. Nach dieser Annahme würde die Spirale in zwei Richtungen von dem zentralen Kern nach entgegengesetzten Seiten ausgegangen sein, denn dies ist auch die Form, die sich auf den meisten Photographien solcher heute noch bestehender Nebel darstellt.

— Kalte oder geheizte Schlafzimmer? Viele Menschen meinen, es sei besonders gesund, im kalten Zimmer zu schlafen und erzählen, um ihre Abhärtung zu beweisen, daß ihr Schweißwasser oft früh im Schlafzimmer gefroren sei. Das mag robusten Naturen gut bekommen. Für die Mehrzahl der Kulturmenschen ist es aber viel richtiger, ihren Schlafraum, ehe sie zur Ruhe gehen, durch Anheizung auf etwa 10 bis 12 Grad Reaumur zu temperieren. In einem ungeheizten Raume ziehen die Mauern Feuchtigkeit an, er lüftet infolgedessen schlecht aus. Auch die Möbel und Betten halten die Feuchtigkeit fest. Es herrscht eine schwere und unbehagliche Luft in solchen kalten Zimmern, besonders an feuchten Nebeltagen. Die regelmäßige leichte Durchheizung hält dagegen die Wände trocken und durchlässig für den Luftwechsel. Vorbedingung ist allerdings, daß man auch des Nachts im geheizten Raume ein Fenster mehr oder weniger geöffnet läßt. Das soll so geschehen, daß Zugluft die Schläfer nicht treffen kann. So findet ein reger Luftaustausch statt, und das Zimmer kühlt dennoch nicht unangenehm aus, weil es trockene, durchwärmte Wände hat. Beim Aufstehen schließe man rasch das Fenster. Gymnastische Übungen, Luftbäder, werden er-

entfernt liegen. Bauer-Plauen betont, daß der Zweigverein durch Druck von den Arbeitgebern seine besten Mitglieder verlor, und der dortige Lokalverein ein großes Hemmnis ist, demzufolge schlechte Finanzlage, und heute noch wirke die verflorsene „Prinz-Affäre“ hemmend auf die Bewegung. Rauschenbach-Altenburg bezeichnet ebenfalls die Lokalvereine als ein Hindernis und wünscht für die Zukunft eine planmäßige Agitation. In der Debatte sprach zunächst Mix-Dresden und forderte zu energischer Arbeit auf. Schmidt weist darauf hin, trotzdem unter den Arbeitgebern eine Schläfrigkeit herrsche, sie doch, wenn es gilt, auf dem Posten sind. Die Finanzlage bezeichnet er nach den heutigen Verhältnissen als günstig.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung referiert Haucke. Er erläutert zunächst die Organisationsfragen in den großen Städten, vor allen Dingen die Einführung des Bezirkssystems, eine regelrechte Führung des Arbeitsnachweises und legt großen Wert auf die Hauskassierung. Wo angängig, ist in den einzelnen Verwaltungsstellen ein Ortszuschlag zu erheben, um so nach Muster der anderen Gewerkschaften unsere Finanzen zu verbessern. Ein geordnetes Finanzwesen sei die Grundlage einer guten Organisation. Den Zweigvereinen der Mittel- und Kleinstädte sei am besten gedient, wenn ihnen vierteljährlich einmal ein Referent vom Gau gesandt wird, der gleichzeitig den Kollegen in Kassengeschäften und dergl. mit Rat und Tat zur Seite steht. Durch die Nähe der österreichischen Grenze arbeiten in unserem Bezirk viele tschechische Kollegen, in Dresden betragen diese etwa den dritten Teil der Gesamt-Beschäftigten. Es empfiehlt sich, diesen Kollegen ein periodisch erscheinendes Flugblatt in ihrer Muttersprache zu bieten. Nach dem jetzigen Mitgliederstand in Thüringen und Sachsen sei von der Anstellung eines 2. Beamten für unseren Bezirk für 1906 noch abzusehen. In der Debatte, welche sehr lebhaft geführt wird, weist Rauschenbach darauf hin, die größeren Städte zuerst zu berücksichtigen. Mix-Dresden betont, daß der Gauleiter erst die nötige Ortskenntnis in seinem Bezirk besitzen müsse. Schmidt hebt hervor, daß überall die Geldfrage im Vordergrund stehe. Die Anstellung besoldeter Gauleiter wäre anzuerkennen, die jetzigen Lokalbeamten hätten genug in ihren Orten zu tun, allerdings müsse auch mit den Finanzen gerechnet werden. Jänicke erklärt, der Antrag Leipzig, einen Beamten anzustellen, wäre aus den Reihen der Mitglieder gekommen. Fischer-Leipzig betont, daß es angängig sei, nach Lage der Verhältnisse einen Beamten in Leipzig anzustellen; was in anderen Städten möglich war, wird in Leipzig wohl auch möglich sein.

Haucke bezeichnet es nicht als günstig, auf 2 Monate einen Beamten anzustellen, da die Erfolge eines Beamten erst nach Monaten eintreten können und dann naturgemäß wieder verloren gehen würden. Nach Jahresfrist dürfte es möglich sein, einen Gaubeamten nach Leipzig zu stationieren, der dann die Leipziger örtlichen Arbeiten mit zu erledigen hätte. Schmidt spricht noch zu der Angelegenheit der Leipziger Kollegen und betont, die Führer der Organisation hätten die ganze Angelegenheit zu verantworten. Nachdem noch die Kollegen Mix, Rübartsch, Scheithauer, Rauschenbach, Bauer und Jänicke wiederholt gesprochen haben, wird die Debatte geschlossen.

Zum 3. Punkt verliest Haucke die von ihm ausgearbeiteten Gaustatuten, die, anschließend an den Entwurf des Hauptvorstandes, noch der Bezirksleitung das Recht der Kontrolle und Revision über die Zweigvereine einräumt, außerdem die Beitragsleistung präziser regelt. Jänicke ist mit verschiedenen Punkten nicht einverstanden. Schmidt tritt für den Entwurf des Hauptvorstandes ein, erklärt sich aber einverstanden für etwaige wichtige Beschlüsse als Zusatz. Zu der Statutenberatung sprechen noch die Kollegen Fischer, Scheithauer, Rauschenbach, Rübartsch und Bauer. Nach vorgenommener Abstimmung wird das von Haucke ausgearbeitete Statut mit 8 gegen 3 Stimmen angenommen. Eine rege Debatte entspinnt sich über die Beitragshöhe, es wird angeregt, hohe Beiträge zu zahlen, da viel Geld nötig sei, auf der anderen Seite, man müßte auch die kleinen Zweigvereine berücksichtigen, damit selbige nicht so sehr belastet würden. Die Dresdener Kollegen beantragen 1 Pfg. pro Marke und 10 Prozent des vierteljährlich verbleibenden Kassenbestandes. Jänicke ist für 2 Pfg. und 10 Prozent des Jahreskassenbestandes. Nach längerer Diskussion, an der sich alle Anwesenden beteiligt haben, geht die Ansicht dahin, einen annehmbaren Beitrag zu zahlen und den Prozentschlag fallen zu lassen. Es wird sodann der Antrag Picht-Halle, pro verkaufte Marke 2 1/2 Pfg. zu erheben, angenommen. Zu der Diätenfrage erklärt Schmidt, daß, wenn man auf Agitation sei, auch Geld nötig habe und ist der Ansicht, 6 Mk. als Mindestsatz festzulegen. Es wird dieses von den Anwesenden anerkannt.

Zum 4. Punkt, „Unsere wirtschaftliche Lage“, begründet Mix-Dresden in sachlicher Ausführung seine eingebrachte Resolution, er hebt hauptsächlich hervor, wie traurig die Verhältnisse in den Betrieben infolge des Kost- und Logiszwanges sind, die große Zahl der Kinderbeschäftigung bei schlechter Bezahlung; es wäre unsere Pflicht, hier helfend einzugreifen, und die gesetzgebenden Körperschaften in Kenntnis zu

setzen. Schmidt hebt hervor, daß es eine unbedingte Notwendigkeit sei, die ausgegebenen Statistikbogen gewissenhaft auszufüllen. Hierauf wird die Resolution Mix einstimmig angenommen.

Zum 5. Punkt weist Haucke auf die vielen Defizits hin, die bei Vergnügen entstehen, und wünscht eine gewisse Einschränkung. Alle Kollegen sprachen sich dahin aus, daß es unzulässig ist, die für die Hauptkasse vereinnahmten Gelder für Vergnügungszwecke auszugeben. Die einzelnen Zweigvereinsmitglieder sollten sich vor Stattfinden von Vergnügungen schlüssig werden, auch ein eventuell entstehendes Defizit aus ihrer Tasche zu decken. Um der Gaukasse sofort Barmittel zuzuwenden, wird beschlossen, bei Abrechnung des IV. Quartals aus jeder Zweigvereinskasse 10 Prozent des verbleibenden Kassenbestandes an die Gaukasse abzuführen. Jänicke bringt den Arbeitsnachweis zur Sprache und bemängelt, daß selbiger nicht genug respektiert wird, es müßte unbedingt mehr getan werden, damit die Kollegen nicht genötigt sind, in den Annonzenblättern Stellung zu suchen. Mix äußert sich ebenfalls zu dieser Sache und betont, daß der Arbeitsnachweis gut zur Agitation zu benutzen sei. Im Sinne des Angeführten spricht noch Schmidt. Somit war die Tagesordnung erledigt. L. Haucke, Dresden. Arno Fischer, Leipzig.

Deutsche Heimarbeiter-Ausstellung.

Am 17. Januar wurde in den Räumen der alten Akademie, Unter den Linden 38, eine Ausstellung von Erzeugnissen der Hausindustrie in Deutschland eröffnet, zu deren Besuch die Unterzeichneten im Namen des Kuratoriums einladen.

Die Entwicklung der modernen Industrie hat nicht nur die Konzentration des Fabrikbetriebes gefördert, sondern auch eine Ausbreitung der Heimarbeit in früher ungeahntem Maße bewirkt. Kaum ein Gebiet gewerblicher Kleinarbeit ist heute ohne Hausindustrie, die sich ebenso in verkehrsarmen Gebirgsdörfern wie in den Hinterhäusern überfüllter Großstädte angesiedelt hat.

Nach vielen Hunderttausenden zählt diese Heimarbeiterbevölkerung, die ganz überwiegend in den elendesten Verhältnissen dahinglebt. In engsten Räumen zusammengedrängt, mühen sich hier die Familien vom grauen Morgen bis tief in die Nacht hinein um ein kärgliches Brot. Schwache Greise und Kinder im zartesten Lebensalter müssen mithelfen, damit eben nur das nackte Dasein gefristet wird. Lange Arbeitszeiten, niedrige Löhne, unsichere und ungesunde Verhältnisse sind, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, die Regel.

Und nicht nur leben die Heimarbeiter selbst in Not und Jammer, sondern sie verschlechtern

fahrungsgemäß im angewärmten Zimmer lieber ausgeführt als im eisigkalten. Die gesundheitliche Forderung lautet also: Heizen und Lüften!

Über die Wirkung des Kaffees hat M. Geiser in Zürich interessante physiologische Untersuchungen angestellt, aus denen hervorgeht, daß das Coffein der Träger des Reizes und der Erregung ist, die der Kaffeegenuß auf den Menschen ausübt. In den letzten Jahren hat der Kaffeeverbrauch in Deutschland eine ganz bedeutende Zunahme erfahren, und zwar nicht nur entsprechend der Vermehrung der Bevölkerung, sondern über den früheren Bedarf des einzelnen hinaus. Mehr und mehr schwindet die gute alte Sitte des dünnen Kaffees, und es wird vom Kaffee viel mehr eine Anregung für das Nervensystem gefordert. Das Coffein ist eins der stärksten Gifte, das schon in kleinen Dosen eine Wirkung auf das Herz ausübt, und der gewohnheitsmäßige Trinker starken Kaffees, der dessen Einfluß nicht mehr spürt, würde sich von seinem Vorhandensein sofort überzeugen können, wenn er ein Kind von der starken Abkochung eine Tasse genießen läßt. Bei dem kleinen Menschenlein mit seiner natürlichen Empfindung und seiner nicht abgeschwächten Reaktion auf

Nervenreize würde sich sehr bald Herzklopfen, Gesichtsröte, Unbehagen und Unruhe einstellen, und in dieser Tatsache liegt einmal die Mahnung, Kindern niemals Bohnenkaffee zu geben, und außerdem der Beweis, wie sehr der Erwachsene einer Schädigung des Herzens, ohne daß ihm das immer zum Bewußtsein kommt, durch den Kaffee ausgesetzt ist. Es wäre sehr bedauerlich, wenn der Kampf gegen den Alkohol einen unverstänlich vermehrten Kaffeegenuß zur Folge hätte, denn dann würde man den Teufel durch Beelzebub austreiben, und so unerlässlich die Verminderung des Alkoholkonsums für die Volksgesundheit ist, ebenso wichtig ist ein weises Maßhalten beim Kaffeegenuß.

Die Sprache des deutschen Mannes.

Die Münchener Jugend verspottet die deutsche Fremdwörterei in folgenden Versen:

Ein Übel hat der deutsche Mann!
Er wendet gern ein Fremdwort an.
Und wenn man's deutsch auch sagen kann,
Er wendet doch ein Fremdwort an.
Er im-po-, defi-, depo-niert,
Er iso-, gratu-, defi-liert,
Er da-, z-, dik- und debü-tiert,

Er do-, for-, inspi-, exer-ziert,
Er igno-, inse-, inspi-riert,
Er bom-bar-, degrar-, explo-di-ert,
Er bug-, zen-, fri- und amü-siert,
Er dekla-, bla- und ani-miert,
O du verflixte ier-erei!
Der Teufel hol' die Ziererei,
Die Sprachenruinierei,
Und Bildungsparadierei!
— Ach, Goethe, hättest Du's erlebt,
Wie man die Sprache jetzt verbessert,
Du hättest Deinen „Faust“ verbessert:
„Es i-er-t der Mensch, so lang er strebt.“

Merkspruch.

Das kannst du nicht zwingen:
daß die Knospen springen
eh die Sonne ihnen ihren Mai gebracht!
aber daß: was hinter dir liegt,
dich nicht schreckt mehr und unterkriegt:
was Winter in dir, abzustreifen
'in aller Stille . . . und Knospen zu reifen
und dich selbst zum Frühling durchzuringen . . .
Das kannst du zwingen!
Cäsar Fleischlen.

durch ihren Wettbewerb vielfach auch die Arbeitsbedingungen ihrer Kameraden in Fabrik und Werkstatt und bedrohen durch Waren, die in der Umgebung von Kranken oder durch Leidende selbst angefertigt sind, die Gesundheit ahnungsloser Käufer.

Der Arbeiterschutz und die Arbeiterversicherung des Reiches sind bisher kaum an die Grenzen der Hausindustrie gedungen. Ja, es ist Tatsache, daß die Regelung der Fabrikarbeit und die Kosten der Sozialversicherung dazu beigetragen haben, daß neue und immer breitere Gebiete der Warenerzeugung der Hausindustrie verfallen, deren Arbeiter des staatlichen Schutzes und der staatlichen Versicherung entbehren.

So wächst sich die Heimarbeit immer stärker zu einem schweren Schaden an unserem Volks- und Wirtschaftskörper aus, der dringend der Heilung bedarf. Diese herbeizuführen, ist die Selbsthilfe der Heimarbeiter außer stande. Auch Mitgefühl und Unterstützung der Wohlhabenden versagen hier. Das Reich, der Staat müssen einschreiten.

Auf dieses Ziel will die Deutsche Heimarbeits-Ausstellung hinweisen. Sie ist entstanden und vorbereitet durch die gemeinsame Arbeit von bürgerlichen Sozialpolitikern der verschiedensten Richtungen und Berufe und von Vertretern der freien Gewerkschaften, der christlichen Gewerkschaften, der deutschen Gewerkschaften und des Verbandes katholischer Arbeitervereine, Mannigfache Unterstützungen haben ihre Arbeit wesentlich gefördert.

Was alles Reden und Schreiben nicht vermag, erstrebt die Ausstellung: An den Erzeugnissen der Heimarbeit selbst werden die zumeist äußerst niedrigen Löhne und die überlangen Arbeitszeiten aufgezeigt. Was das Auge sieht, glaubt das Herz. Und nicht ohne tiefes Mitleid wird man hier Zustände menschlicher Not sehen, in denen unsere Volksgenossen leben.

Wir heißen jeden Besucher willkommen, weil wir überzeugt sind, in ihm einen Mitarbeiter an dem Werke der Heilung oder doch der Linderung der Schäden in der Hausindustrie zu gewinnen.

Das Kuratorium.

I. A.:

Prof. Dr. E. Francke. Joh. Sassenbach.

Städtische Friedhofsgärtnerei.

Die Überführung des Friedhofsbetriebes aus den Händen der verschiedenen Kirchengemeinden in die Hand der politischen Gemeinde, das heißt Unterstellung unter die Gemeindeverwaltung der Stadt ist eine wichtige Aufgabe unserer Zeit. Über den allgemeinen Nutzen und die Bedeutung der Schaffung von städtischen Zentral-Friedhöfen braucht keine besondere Vorlesung erst hören, wer nur einmal den großen herrlichen Zentralfriedhof der Stadt Hamburg in Ohlsdorf gesehen hat. Dort spricht alles für sich selbst.

Wenn nun schon das Begräbniswesen Sache der Stadtgemeinde wird, dann werden es zweckmäßig auch die anderen Einrichtungen, vor allen die gärtnerische Ausschmückung des Friedhofes. Damit geht zwar den betreffenden Privatunternehmern ein Stück Feld einträglichen Erwerbes verloren, dem Allgemeinwohl jedoch wird ein großer Dienst erwiesen.

Überall, wo die Frage erwogen wird, tritt naturgemäß vorerst eine Opposition der gewerbetreibenden Interessenten in die Erscheinung, die ihre gefährdeten „berechtigten Interessen“ verteidigt gegen den „verhängnisvollen“ immer mehr umsichgreifenden Gemeinsozialismus. Und so kommt es, daß diese „Expropriation“ zunächst nur stückweise erfolgen kann.

Vor einigen Jahren ist auch die Stadt Hannover dazu übergegangen, den Friedhofsbetrieb in die Regie der Stadtverwaltung zu überführen. Es handelt sich da um den Engesoder und den Stöckener Friedhof; auf dem letzteren wird die Gärtnerei erst seit zwei Jahren auf Rechnung der Stadt betrieben. Hören wir nun, wie die gemachten Erfahrungen sind. „Die Zeit

hat genügt“, schreibt das Hannoversche Tageblatt, „um zu zeigen, daß die Hoffnungen, die an die Uebernahme des Betriebes geknüpft wurden, berechtigt, die Befürchtungen aber grundlos gewesen sind.“

„Die Hoffnungen betrafen zunächst die finanzielle Seite. Als die Stadtverwaltung seinerzeit den Beschluß faßte, die Gärtnerei, die bis dahin der Gärtner Braband mit gutem Gewinn betrieben hatte, zu übernehmen, wurde angenommen, der jährliche Überschuß werde 8000 M. betragen. Inzwischen haben aber die städtischen Kollegien wohl konstatieren können, daß sie recht bescheiden gerechnet haben und daß der Überschuß über jene Summe hinausgehen wird. Für das laufende Jahr ist nämlich die Ausgabe für die Friedhofsgärtnerei in Stöcken auf rund 35 000 Mk., die Einnahme aber auf 49 000 Mk. veranschlagt worden, so daß aus diesem Betriebe ein Überschuß von 14 000 Mk. zu erwarten sein würde. Hoffentlich verwirklicht sich diese Annahme und beweist, daß ein Friedhof recht wohl zu einer rentablen Anlage zu machen ist, für die die Stadtkasse wenigstens keinen Zuschuß zu zahlen braucht.“

Die andere Hoffnung, die bei der Übernahme der Gärtnerei ausgesprochen wurde, betraf die Sicherheit auf dem Friedhofe. Man wird sich erinnern, daß lange Jahre hindurch auf dem Stöckener Friedhofe heillose Diebereien vorkamen, so daß die Grabpflege in empfindlicher Weise gestört wurde. Es muß inzwischen wohl eine Besserung eingetreten sein, da die Klagen über die Entwendung von Blumen ziemlich verstummt sind. Auch dieser Erfolg ist nennenswert.

Da die Grabpflege nach wie vor auch von Gärtnern oder Frauen ausgeführt werden darf, die Friedhofsgärtnerei also hierin ein Monopol nicht besitzt, noch besitzen will, so hat sich die anfangs befürchtete Schädigung der Gärtnerei nicht bestätigt. (?) Dem Publikum ist es unbenommen, Blumen und Kränze auch außerhalb des Friedhofs zu kaufen oder die Pflege der Grabstätten dem zu übertragen, der dafür geeignet erscheint. Es kommt freilich zuweilen vor, daß Kinder, die auftragsweise an der Grabpflege beschäftigt sind, im Übereifer nach der Erweiterung ihrer Kundschaft ausschauen und den Besuchern von Grabstätten ihre Dienste anbieten; im allgemeinen aber ist ein lästiges Vordringen nicht hervorgetreten; die Friedhofsgärtnerei, die Gärtnerei und die übrigen auf dem Friedhofe tätigen Personen scheinen ganz gut mit einander auskommen zu können. Die Würde des Ortes und den Interessen des Publikums wird dieses Verhältnis wohl zuträglich sein.“

Wir finden hier konstatiert, daß aus dem Friedhofsunternehmen die Stadt Hannover sogar noch ein schönes Stück Geld herauswirtschaftet, was übrigens garnicht weiter verwunderlich ist. Die Herren selbständigen Friedhofsgärtnereientnehmer, die die Friedhofsgärtnereien sonst in Pacht haben, werden allesamt reiche Leute. Der auf dem Döhrener Friedhof bei Hannover ist, wie jeder Kenner der Verhältnisse behauptet, gar Millionär geworden.

Wenn wir uns nun fragen, was für die gärtnerischen Arbeitnehmer besser sei, ob Gemeinde- oder Privatunternehmerbetrieb, so kann man auch von diesem Standpunkte aus nur dem Gemeindebetriebe das Wort reden. Hier werden die Grundlagen für dauernde Arbeitsgelegenheit und dauernde Beschäftigung verheirateter und älterer Gärtner und Arbeiter geschaffen, was eines der wichtigsten Momente ist. Und dann ist auch die Möglichkeit für eine anständigere Bezahlung gegeben. Allerdings, zunächst nur die Möglichkeit. Die Überführung dieser in die Praxis ist Sache der Arbeitnehmer selbst, und zwar durch die Zuhilfenahme der gewerkschaftlichen Organisation. Auf den beiden in Rede stehenden Hannoverschen Friedhöfen wird, wie man uns berichtet, ein Tagelohn von 2,50 bis 3 Mk. gezahlt, also ein Lohnsatz, der wahrlich viel zu wünschen übrig läßt. Und um so auffälliger tritt dieser Mißstand in die Erscheinung, als in Hannover selbst die Straßen-

reiner mit 3 Mk. Anfangslohn und freier Dienstkleidung angestellt werden. Die Gärtnergehilfen und Arbeiter jener Friedhöfe sollten keinen Augenblick zögern, sich Mann für Mann unserm Hannoverschen Zweigverein anzuschließen, um mit dessen Unterstützung bei der Stadtverwaltung vorstellig zu werden und event. dringendere Schritte zu unternehmen.

Ueber das gärtnerische Zeichnen in Gewerbe- und Fortbildungsschulen

bringt das Gewerbeblatt für das Großherzogtum Hessen folgende Ausführungen:

Für den Gärtner ist selbstverständlich das Zeichnen von Gartenplänen das eigentliche Ziel des Unterrichts. Als Vorübungen kommen das Freihandzeichnen in bescheidenem Umfange — einige Fachornamente zur Übung von Auge und Hand — und vor allen Dingen das geometrische Zeichnen in Betracht, während das Projektionszeichnen nur so weit getrieben zu werden braucht, daß dem Schüler die Bedeutung eines Grundrisses vollständig klar ist. Beim geometrischen Zeichnen ist das Hauptgewicht auf die exakte Zusammensetzung von Kreisbögen und berührenden Graden sowie sich berührender Kreise zu legen, da sich die Zeichnung von Gartenwegen auf diese Weise weit mehr als die freihändige empfiehlt. Man glaubt kaum, wie schwer es ist, die Schüler dahin zu bringen, daß sie die Berührungspunkte sorgfältig ermitteln — und doch ist diese so überaus einfache Ermittlung die Voraussetzung exakter Arbeit und in der Tat eine große Erleichterung derselben. Aber grade hier macht sich der dem Menschen, wie es scheint, angeborene Hang zur Pfuscheri in recht unangenehmer Weise geltend. Beim Nachziehen ist auch hier zu beachten, daß die einzelnen Bögen immer in einem und demselben Sinne an einander angeschlossen werden. Beim Planzeichnen sollte man stets darauf halten, daß die Bäume als Grundrisse, also in der Draufsicht gezeichnet werden. Auf älteren Vorlagen findet man immer noch Bäume, die als Vorderansichten, als Aufrisse in den einen Grundriß darstellenden Plan eingezeichnet sind. Das ist im höchsten Grade widersinnig und auch unzweckmäßig, weil beispielsweise Bäume, die am Rande eines Weges stehen, in der Zeichnung über ihn hinweggehen und ihn teilweise bedecken. — Daß man im Grundriß die verschiedenen Baumgattungen — abgesehen von der allgemeinen Unterscheidung der Laub- und Nadelhölzer — nicht wohl charakterisieren kann, ist zuzugeben, jedoch ist diese Charakterisierung auch garnicht erforderlich. Man geht viel sicherer, wenn man die Bäume im Plane numeriert und in einem beizulegenden Verzeichnisse die den einzelnen Nummern entsprechenden Baumarten angibt.

Strebt der Gärtner danach, sich zum Kunstgärtner auszubilden, so sind natürlich auch im Zeichnen höhere Anforderungen an ihn zu stellen; er muß dann in der Lage sein, seinem Auftraggeber eine perspektive, malerisch behandelte Darstellung der geplanten Anlage vorzulegen, er muß sich dann also einige Kenntnisse in der Perspektive und Fertigkeit im landschaftlichen Zeichnen und Aquarellieren aneignen. Die Übertragung des Planes in die Perspektive ist übrigens mittels eines Quadratnetzes ausserordentlich einfach und in einer halben Stunde zu erlernen.

Das Zeichnen nach natürlichen Pflanzen wird der Gärtner allerdings in seiner geschäftlichen Tätigkeit kaum anwenden können; ist er aber wirklich von Liebe zu seinem herrlichen Berufe erfüllt, sind ihm die wundervollen Gebilde der Pflanzenwelt etwas mehr noch als Mittel zum Broterwerb, so wird er in seinen Mußstunden sich gern in ihre unvergleichliche Schönheit versenken, und diese Schönheit empfindet man wohl am tiefsten, wenn man sie darzustellen versucht.

Rundschau.

Berlin, den 23. Januar 1906.

In Barmen-Elberfeld haben unsere Kollegen durch unsere dortige Ortsverwaltung den Unternehmern einen Lohntarif eingereicht mit dem Ersuchen, über die aufgestellten Forderungen in Unterhandlungen einzutreten. Es wird gefordert: 1. In Staats- und Kommunalbetrieben: Lohn pro Woche 24 Mk. bei 9½-stündiger Arbeitszeit, Überstunden und Sonntagsarbeit sind mit 50 Pfg. pro Stunde zu vergüten. 2. In Landschafts- und Handlungsgärtnereien: Lohn pro Woche 21 Mk. außer Station, 12 Mk. mit ganzer Station bei 10-stündiger Arbeitszeit, Überstunden und Sonntagsarbeit pro Stunde 45 Pfg. 3. Herrschaftsgärtnerei: Lohn pro Woche 24 Mk., mit Wohnung monatlich 95 Mk. bei 10-stündiger Arbeitszeit. Überstunden pro Stunde 50 Pfg. Allgemeine Bestimmungen: Die Lohnskala versteht sich als Mindestlohn. Diejenigen, die obigen Lohn schon haben, erhalten 10 Prozent Zuschlag. Die Lohnzahlung hat in der Arbeitszeit und zwar wöchentlich zu erfolgen. Die Beschäftigung an Sonntagen muß auf notwendige Arbeiten beschränkt werden. Sonntagsarbeit und Überstunden sind möglichst zu vermeiden, ebenso ist der Kost- und Logiszwang nach Möglichkeit abzusuchen. Der Stellennachweis des A. D. G.-V. ist als offizieller Arbeitsnachweis von Gehilfen und Prinzipalen zu benutzen. Zur Überwachung des Arbeitsvertrages ist eine ständige Kommission, bestehend aus 2 Arbeitgebern und 2 Arbeitnehmern, zu wählen.

Welch dummes Zeug manche Zeitungsreporter zuweilen zusammenschmieren, davon gibt ein Bericht Kunde, der über unsere am 7. Januar in Berlin stattgefundene Versammlung der Blumengeschäftsangestellten von einem solchen durch die Tagespresse verbreitet worden ist. Der Bericht behauptet nämlich, es sei dort beschlossen worden, sogleich eine Agitation für den „8 Uhr-Ladenschluß“ und für die anderthalbstündige Verkaufszeit an Sonntagen“ zu entfalten. In Wahrheit aber sind Beschlüsse überhaupt nicht gefaßt worden. Kollege Albrecht hielt lediglich einen Vortrag über die einschlägigen gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen und führte dabei mit aus, daß die kaufmännischen Angestellten schon seit Jahren den 8 Uhr-Ladenschluß und vollständige Sonntagsruhe propagieren, daß in verschiedenen Orten der 8 Uhr-Ladenschluß infolgedessen durch Ortsstatut schon eingeführt sei und daß z. B. in Frankfurt a. M. seit 1. Januar d. J. auch die vollständige Sonntagsruhe durchgeführt ist, wobei den Blumengeschäften noch eine anderthalbstündige Verkaufszeit gestattet sei. Daraus machte der Reporter das oben Genannte. Wir berichtigen demgegenüber, daß ein Arbeitsprogramm überhaupt noch nicht formuliert wurde.

In den Braunschweiger Konservenfabriken wurden fortgesetzt die Bestimmungen über die Sonntagsruhe und die gewerbliche Arbeit der Frauen überschritten. Bei ungenügender Organisation ließ sich dagegen leider nichts tun. Da nahm sich der Braunschweiger „Volksfreund“, das dortige Parteiblatt, ihrer an und veröffentlichte eine Reihe von Artikeln über die Mißstände. Er wies nach, daß in der Saison Sonntags oft bis 11 Uhr abends (!) gearbeitet wird, daß manche Frauen in der Woche 100 Arbeitsstunden (!) leisten müßten, daß die Männer sogar Arbeitszeiten bis zu 113 Stunden in der Woche zu verzeichnen hätten. Immer wieder geißelte der „Volksfreund“ diese Zustände, und jetzt endlich kann er triumphierend über einen Erfolg berichten. Das Braunschweigische Ministerium hat, unter Bezugnahme auf die Artikel des Volksfreund, jetzt der dortigen Handelskammer anheimgegeben, die Konservenfabriken in der entsprechenden Weise zu vermahnen. Außerdem sind die Polizeibehörde und die Gewerbeaufsichtsbeamten angewiesen, künftighin besser acht zu geben und eventuell strafrechtlich einzuschreiten. Wir

machen bei dieser Gelegenheit die Zweigvereine und die einzelnen Kollegen darauf aufmerksam, daß sie gut tun, auch die Mißstände in Gärtnereien der Öffentlichkeit und den Behörden durch die Arbeiterpresse, will sagen soz.-dem. Parteipresse, bekannt zu geben. In Hannover z. B. haben damit unsere Kollegen schon ganz hübsche Erfolge erzielt.

Die deutschen Gewerkschaften haben im vergangenen Jahre unter dem Einfluß der umfangreichen Lohnbewegungen wie der Aussperrungen Erfolge erzielt, die selbst die des Jahres 1904 in den Schatten stellen. Auch die Mitgliederzahlen sind erheblich gestiegen. Wir wollen nur einige Zahlen dafür anführen, soweit sie in den Verbandsorganen der betreffenden Gewerkschaften angegeben worden sind, bemerken aber, daß nach unserer Kenntnis der Verhältnisse der Entwicklungsgang in den meisten übrigen Gewerkschaften im letzten Jahre ein gleich günstiger war. Die größten Erfolge hat wohl der Metallarbeiterverband erzielt, denn die „Metallarbeiter-Zeitung“ hatte am Jahreschluß eine Auflage von 265 300 erreicht, gegen 207 500 am Schlusse des Jahres 1904, was eine Zunahme der Mitgliederzahl um rund 57 800 in einem Jahre bedeutet. Der Maurerverband dürfte eine ähnlich günstige Entwicklung genommen haben. Hat sich doch die Auflage des „Grundstein“ von 140 000 auf 175 000, also um 35 000 erhöht. Der Holzarbeiterverband hat im Jahre 1905 um mehr denn 25 000 Mitglieder zugenommen. Die Auflageziffer der „Holzarbeiter-Zeitung“ stieg von 107 000 auf 132 500, die Mitgliederzahl dürfte am Jahreschluß eher höher sein, wenigstens blieb die Auflageziffer am Schlusse des zweiten wie des dritten Quartals 1905 um ein erhebliches hinter der damaligen Mitgliederziffer des Verbandes zurück. Die „Bergarbeiterzeitung“ berichtet allgemein, daß der Bergarbeiterverband im Jahre 1904 Zehntausende neuer Mitglieder gewonnen habe. Nach dem großen Bergarbeiterstreik hatte sich die Auflage der „Bergarbeiter-Zeitung“ bekanntlich von 90 000 auf 155 000, also um 65 000 Exemplare erhöht. Der „Courier“, das Organ des Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverbandes, steigerte seine Auflage im letzten Jahre um 50 Prozent, von 40 000 auf 60 000 Exemplare. Entsprechend der Auflage dürfte die Mitgliederzahl gewachsen sein. Auch der Schuhmacherverband hat eine günstige Entwicklung genommen. Das „Schuhmacher-Fachblatt“ hat am Jahreschluß eine Auflage von 30 000 Exemplaren erreicht, und da die Auflage ungefähr der Mitgliederzahl entspricht, so hat der Verband im Jahre 1905 um mehr denn 6000 Mitglieder zugenommen. Die Auflage der „Fachzeitung für Schneider“ ist im vergangenen Jahre von 24 000 auf 30 700 gestiegen, und die Mitgliederzahl dürfte die 30 000 nahezu erreicht haben, hat sich jedenfalls um 5000 bis 6000 erhöht. Ebenfalls hat der Steinarbeiterverband weit über 5000 Mitglieder gewonnen, die Auflage des „Steinarbeiter“ ist auf 17 800 gestiegen. Ähnlich günstig lauten die Angaben über die Mitgliederzahlen aus einer Reihe kleinerer Organisationen. So vermehrte der Stukkateurverband seine Mitgliederzahl um 2600, von 5600 auf 8200, der Glaserverband steigerte seine Mitgliederzahl von 4221 auf rund 5000, der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein von 3100 auf 4500. Der „Maschinist und Heizer“, das Organ des Maschinisten- und Heizerverbandes, erhöhte im letzten Jahre seine Auflage von 11 250 auf 15 000 Exemplare, also um 3750 Exemplare.

Die Gewerkschaften können mit ihren Erfolgen im Jahre 1905 jedenfalls zufrieden sein. „Nun aber weiter...“, ist unsere Losung auch im neuen Jahre.

Nach einem vorläufigen Überschlag der Generalkommission der G. D. dürften die freien Gewerkschaften im zweiten oder dritten Quartal ds. Jahres anderthalb Millionen Mitglieder erreichen. Tun auch wir das unsrige dazu!

Die moderne Entwicklung der Industrie sowie des allgemeinen Wirtschaftslebens nötigt die Arbeiterschaft zu immer

engerem Zusammenschlusse. Unsere freien Gewerkschaften setzen sich z. Zt., wie bekannt, aus 63 Berufsverbänden zusammen. Diese Zahl dürfte sich kaum noch vergrößern, wahrscheinlicher ist, daß sie im Laufe der Zeit sich eher verringern wird, verringern selbst, wenn die Mitgliederzahlen sich verdoppeln und verdreifachen und wenn auch die Arbeiter von noch immer mehr Berufsgruppen sich organisieren. Warum das? Sehr einfach: weil die Industrien in ihrer technischen und großkapitalistischen Entwicklung stetig kompliziertere Formen annehmen und die verschiedenartigsten Berufsarbeiter in den Riesenbetrieben dicht nebeneinander arbeiten lassen, dergestalt, daß die in Bearbeitung befindlichen Produkte immer von der einen in die andere Hand gehen. Diese Tatsache des „gemischten Industriebetriebes“ zeitigt immer mehr das Bedürfnis nach „gemischten Industrieverbänden“. Als kraftvolle Verkörperung dieser Art von Industrieverbänden haben wir bisher den „Deutschen Metallarbeiterverband“, eine Organisation von heute schon über 250 000 Mitgliedern. Dieser am nächsten steht der „Deutsche Holzarbeiterverband“ mit etwa 130 000 Mitgliedern. Beide Industrieverbände nehmen alle Arbeiter auf, die eben je in ihren Industrien tätig sind, und sie saugen nach und nach auch die etwa neben ihnen noch bestehenden kleineren verwandten Berufsverbände auf. Im vergangenen Jahre löste sich aus den Gründen der „Deutsche Werftarbeiterverband“ auf, der seine Mitglieder teils zum Metallarbeiterverbande und teils zum Holzarbeiterverbande überführte. Kürzlich hat auch der „Vergolderverband“ durch Urabstimmung beschlossen, sich aufzulösen und seine Mitglieder in den Holzarbeiterverband überschreiben zu lassen. Es werden sich derartige Fusionen im Laufe der Zeit noch mehr vollziehen, was die Schlagfertigkeit und Leistungsfähigkeit der Arbeiterbewegung nur erhöhen kann. Den großkapitalistischen Riesenbetrieben setzt die Arbeiterschaft die großkapitalistische Riesengewerkschaft entgegen. Der allgemeine Entscheidungskampf rückt damit immer näher und näher. . . . Ob da etwa einst auch unserm Berufsverbande eine „Aufsaugung“ durch einen Industrieverband in Aussicht steht? Nein; der Gartenbau ist eine eigne Industrie mit einer größeren Anzahl von Branchen. Aber wir selbst haben mit unserer Organisation schon das Fundament zu einer Industrie-Organisation gelegt: zu einem Gartenbau-Industrieverband. Im Rahmen des von uns belegten Organisationsfeldes gibt es noch große gelernte und ungelernete Arbeitermassen zu organisieren. Uns steht sonach zunächst erst eine Riesenarbeit bevor. Wir sollen dabei die Pioniere auch der Landarbeiterschaft werden, unserer — „verwandten Berufsgenossen“, wenn man so will.

Wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange war vor dem Schwurgericht in Hamburg am 12. Januar der 20 Jahre alte Arbeiter Ferdinand Hirsch aus Schenefeld angeklagt. Der Angeklagte war in Halstenbeck in den Baumschulen beschäftigt. Am Abend des 11. November v. J. befand er sich mit mehreren Kollegen und einigen Mädchen zusammen in der Arbeiterkaserne. Dort wurde Harmonika gespielt und getanzt. Auch wurde Schnaps und Bier getrunken. Um 11 Uhr wurde Feierabend geboten und der Angeklagte, der erheblich angetrunken gewesen sein will, entfernte sich. Er will dann draußen von mehreren Personen überfallen und mißhandelt worden sein. Um sich zu retten, sei er in eine Kellervertiefung geflüchtet, doch seien ihm die Gegner, u. a. der Arbeiter Jakob Kölln, gefolgt. Jetzt habe ihn eine furchtbare Wut überkommen. Er hätte sich auf Jakob Kölln gestürzt und blindlings mit seinem Messer auf ihn losgestochen. Ob er ihm auch am Kopfe Stiche beigebracht habe, wisse er nicht, er glaube es aber nicht. Nach der Mißhandlung ist Jakob Kölln liegen geblieben und in ärztliche Behandlung gegeben worden. Am andern Morgen ist er an den erhaltenen Verletzungen gestorben, und der jetzige Angeklagte wurde in

Haft genommen. Nach dem Gutachten der Sachverständigen haben die Stiche am Kopf den Tod herbeigeführt. In der recht umfangreichen Beweisaufnahme drehte es sich hauptsächlich darum, ob der Angeklagte sinnlos betrunken war, in Notwehr sich befand und dem Verstorbenen die Stiche am Kopf beigebracht hat. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten überführt und beantragte, ihn unter Zubilligung mildernder Umstände schuldig zu sprechen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dahm, hielt die Sache nicht vollständig geklärt und trat für Freisprechung ein. Die Geschworenen gaben ihren Wahrspruch im Sinne des Staatsanwalts ab. Der Staatsanwalt beantragte vier Jahre Gefängnis, und der Gerichtshof erkannte auf zwei Jahre Gefängnis, nachdem der Verteidiger für eine möglichst milde Bestrafung eingetreten war.

„Ehrentafeln für Arbeitswillige“, das heißt für Streikbrecher; das ist die neueste Erfindung der Unternehmermal. Der Erfinder dieser eigenartigen Auszeichnung für die „dem Staate besonders nützlichen Elemente“, wie die Begründung zur seinerzeitigen Zuchthausvorlage jene Leute nannte, ist der Straßenbahndirektor Ribbentrop in Braunschweig, auf dessen Veranlassung kürzlich sechs Angestellte der Braunschweiger Straßenbahn nach Kiel geschickt wurden, um beim dortigen Straßenbahnerstreik Rausreißerdienste zu verrichten. Der betreffende Direktor hat im Direktionsgebäude folgende „Ehrentafel“ anbringen lassen:

Ehrentafel.

Namen derjenigen Motorwagenführer, die selbstos und mutig, unter Einsetzung ihrer Person, der von der Sozialdemokratie tyrannisierten Straßenbahn zu Kiel erfolgreich beibrangen. Nicht allein auf dem Schlachtfeld kämpft ein braver Deutscher für sein Vaterland. Braunschweig, den 23. Dezember 1905.

H. Hensel. O. Jörns. K. Kemsies. K. Matern I. G. Matern II. O. Ziehe.

Wir möchten vorschlagen, dieses neue „Auszeichnungssystem“ noch ein wenig auszubauen durch Verleihung von Ehrendiplomen zum Aufhängen in den Wohnungen jedes einzelnen solcher Ehrenmänner, damit noch deren Nachkommenschaft von den Heldentaten erfährt, und durch Verleihung von sinnreich komponierten Orden und Litzen, die bei der Arbeit stets offen zu tragen sind. Der „Grundstein“ regt sogar eine allgemeine Steuerbefreiung an und Aufnahme in das Kirchengesetz. Auch diese Idee ist der Erwägung wert, mindestens, was das Kirchengesetz angeht.

Zur Frage Gewerkschaften und Partei haben die Kartelldelegierten und Mitglieder der Gewerkschaftsvorstände in Hamburg-Altona nach eingehenden Debatten folgende Resolution beschlossen:

„Die Versammlung der Kartelldelegierten und Mitglieder der Gewerkschaftsvorstände von Hamburg-Altona erklärt:

„In Erwägung, daß eine erfolgsverheißende Bekämpfung der kapitalistischen Produktionsweise mit ihren sozialen Begleiterscheinungen, als da sind: Lohnreduktionen, Unterdrückung der Koalition durch Aussperrungen usw., eine starke und finanziell gut fundierte Gewerkschaftsorganisation zur unerläßlichen Voraussetzung hat, um die wirtschaftliche Position der Arbeiter zu heben und zu kräftigen;

in Erkenntnis dessen, daß das Errungene durch den gewerkschaftlichen Kampf allein nicht gefestigt und in erheblicher Weise weiter gefördert werden kann, es hierzu vielmehr der gesetzlichen Festlegung desselben bedarf, hält die Versammlung auch im Emanzipationskampf des Proletariats die politische Bewegung für ebenso notwendig wie die gewerkschaftliche; in fernerer Erwägung, daß alle bürgerlichen Parteien der Arbeiterbewegung politisch feindlich gegenüberstehen und nur die Sozialdemokratie als die einzige Vertreterin der Arbeiter auf politischem Gebiet betrachtet werden kann, beschließt die heutige Versammlung:

Es ist Pflicht eines jeden Gewerkschaftsmitgliedes, sofern es die in obigen Sätzen aus-

gesprochene Überzeugung gewonnen hat, sich den sozialdemokratischen Vereinen von Hamburg-Altona anzuschließen und eine rege Agitation für dieselben zu entfalten.“

In der politischen Arbeiterbewegung steht gegenwärtig im Vordergrund des Interesses der Kampf um das gleiche, allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht zu den Reichs- und Staatsparlamenten. Während vor etwa Jahresfrist dieser Kampf wesentlich defensiver Natur war, hat die gewaltige Revolution in Rußland bewirkt, daß allenthalben die Offensive ergriffen werden konnte, zunächst in Ungarn und Oesterreich; dann im Königreich Sachsen und nun auch in Preußen und anderen deutschen Bundesstaaten. Die Offensive durch allgemeine Demonstrationen in Form von Straßenaufzügen und großen öffentlichen Protest-Versammlungen. Straßenaufzüge wurden vor allen in Österreich und in Ungarn veranstaltet. In Sachsen wurden solche unterdrückt durch Polizeiaufgebot und Verbot, ja selbst die Versammlungen hat man dort schließlich sogar verboten. Auch in Preußen, wo diese Demonstrationen am 21. und 22. Januar, in Verbindung mit der Erinnerungsfeier an den für die Weltgeschichte so denkwürdig gewordenen 22. Januar (den Ausbruch der russischen Revolution) stattfanden, gab es eine ganz unglückliche Polizeihetze durch Konfiskation der Flugblätter an vielen Orten und anderes. Ja, in Berlin und in anderen „bedrohten“ Garnisonen ist sogar während der „gefährlichen“ Tage das gesamte Militär feldmarschmäßig zum Schießen und Dreinschlagen bereit gehalten worden. „Arbeit“ fand es natürlich nicht, nur Hohn und Spott ernteten die, die den „Beginn der Revolution“ befürchteten oder — gewünscht hatten, um endlich einmal der Arbeiterbewegung, die man mit geistigen Waffen nicht mehr niederzuringen vermag, einen wirklich „tötlichen“ Schlag zu versetzen. Daß an den Demonstrationen auch alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in persona teilnahmen, ist selbstverständlich, handelt es sich dabei doch auch grade um die Verteidigung wichtiger gewerkschaftlicher Interessen, insbesondere um die Sicherung und Erweiterung des gewerkschaftlichen Organisationsrechts und des Rechts freier Betätigung bei Lohnbewegungen auch in der Landwirtschaft, wo heute die Arbeiter in dieser Beziehung noch ganz rechtlos sind und die dort tätigen Gärtner ebenfalls. Die „christlichen“ Gewerkschaftler allerdings halten sich von diesen Demonstrationen fern, angeblich, weil diese das „ungeeignetste“ Mittel zur Erfüllung der Forderungen seien, in Wahrheit aber, weil sie zu knechtsselig und feiger Gesinnung sind. Im Staate Hamburg handelte es sich bei den Demonstrationen, die u. a. durch einen spontanen allgemeinen Streik betätigt wurden, um die Abwehr einer Verschlechterung des dortigen Wahlrechts. Ob die neue Wahlrechtsvorlage nunmehr fallen wird, ist bis zur Stunde noch nicht sicher. Jedenfalls kam die Demonstration ein wenig spät. Eine Stütze in dem derzeitigen Kampfe bieten die süddeutschen Staaten, wo das freie Wahlrecht in den letzten Jahren eine erhebliche Erweiterung erfahren hat, so in Baden und Württemberg, neuerdings auch in Bayern. Im letztgenannten Bundesstaate hat dieser Tage selbst ein leibhaftiger Prinz und zwar der Thronfolger des Königreichs Bayern, Prinz Ludwig, eine Lanze gebrochen für diese Kulturforderung, denn er sagte in der bayrischen Ersten Kammer u. a.:

„Man dürfe sich glücklich schätzen, daß für den deutschen Reichstag ein Wahlsystem bestehe, mit dem der größte Teil der Bevölkerung zufrieden sei. Man solle nur das Ausland ansehen und insbesondere diejenigen Staaten, in denen verkünstelte Wahlsysteme bestünden, die dem Gerechtigkeitsgefühl der großen Masse der Bevölkerung widersprächen. Ob diese Wahlsysteme noch lange fortbestehen dürften, möchte er bezweifeln. Es sei leicht möglich, daß sie durch radikale Systeme ersetzt würden. Die Wahlen gäben seiner Meinung nach in der

Regel dann ein getreues Bild von der Gesinnung der gesamten Bevölkerung, wenn sie ein gleiches allgemeines direktes und geheimes Wahlrecht besitze. . . . Seiner Anschauung nach sei die geheime Wahl ein Schutz der Schwachen gegen die Starken. Vielfach würden grade abhängige Leute veranlaßt, anders zu wählen, als sie beabsichtigten. Es gäbe gewissenlose Menschen genug, die ihre Untergebenen zwingen, ganz anders zu wählen, als diese wählen möchten. Diese scheuten auch nicht davor zurück, ihre Untergebenen nur wegen einer nicht genehmen Stimmenabgabe aus dem Dienste zu entlassen. Um derartige Übelstände zu verhüten, müsse mit allen Mitteln an der Sicherstellung des geheimen Wahlrechts gearbeitet werden.“

Korrespondenzen.

Hamburg. Ortsverwaltung. In nächster Zeit wird den Kollegen Gelegenheit gegeben, unter Führung von kundigen Kollegen die verschiedenen Museen von Hamburg-Altona zu besichtigen und zwar an folgenden Sonntagen:

4. Februar. Naturhistorisches Museum am Steintorwall, Treffpunkt um 12 Uhr bei Kling oder $\frac{1}{2}$ 1 Uhr am Museum.

11. Februar. Botanisches Museum, Lübecker Tor 1, Treffpunkt 11 Uhr bei Kling oder $\frac{1}{2}$ 12 Uhr beim Museum.

18. Februar. Kunsthalle, am Glockengießerwall, Treffpunkt 11 Uhr bei Kling oder $\frac{1}{2}$ 12 Uhr an der Kunsthalle.

25. Februar. Altonaer Museum, Kaiserstr., Treffpunkt $\frac{1}{2}$ 12 Uhr bei Kling oder $\frac{1}{2}$ 1 Uhr am Museum.

4. März. Museum für Kunst und Gewerbe, Treffpunkt 12 Uhr bei Kling oder $\frac{1}{2}$ 1 Uhr am Museum am Steintorplatz (Gewerbeschule).

Sämtliche Besichtigungen sind frei, und erwarten wir eine zahlreiche Beteiligung.

Der Vorstand.

Hannover. Am Sonntag, den 14. Januar cr., fand hier die konstituierende Konferenz des III. Agitationsbezirkes statt. Nach Wahl der Versammlungsleitung, als deren Vorsitzender Kollege Schüller-Magdeburg gewählt wurde, wurden sogleich die Punkte der Tagesordnung in Angriff genommen, und unter anderem folgendes beschlossen: Sitz des Agitationsbezirks ist Hannover; Vorsitzender Kollege A. Bley-Hannover-Steuerndieb. Der Beitrag zum Agitationsbezirk beträgt 3 Pfg. pro Mitglied und Marke. Die Tragweite bei Abstimmungen regelt die letzte Jahresabrechnung. Die Reisespesen wurden ausschließlich des Fahrgeldes auf 6 Mark festgesetzt. Die vorliegende Geschäftsordnung des Hauptvorstandes wurde genehmigt. Ein Antrag Quedlinburgs wurde nach längerer Diskussion angenommen. In agitatorischer Hinsicht wurde der Tätigkeit eines gut gepflegten Herbergswezens besonderer Wert beigelegt, welche Tatsache sich auch mit dem am hiesigen Orte bestehenden vollauf bestätigt. Zum Schlusse hielt Kollege Albrecht-Berlin, welcher als Vertreter des Hauptvorstandes erschienen war, noch ein Referat, das sich besonders mit der Entwicklung der Organisation, der künftig einzuschlagenden Taktik und der Erziehung der Mitglieder beschäftigte. Als Ort der nächstjährigen Konferenz wurde Quedlinburg in Aussicht genommen. Hiermit schloß der Vorsitzende, dem Wunsche Ausdruck gebend, in diesem Jahre recht durchgreifend zu arbeiten, die Versammlung. Vertreten waren, mit Ausnahme von Braunschweig, alle Zweigvereine des Agitationsbezirks. Paul Kühne, Hannover.

Hannover. Über die Verhältnisse in der Handelsgärtnerei von Karl Aug. Thürnau, in Herrenhausen, habe ich folgendes zu berichten. Die Gehilfenwohnung befindet sich im Eingange beim Pferdestall, links Stall, rechts Wohnung. Letztere bot mir einen jammervollen Anblick. Dieselbe hatte die Größe wie angegeben: Länge 8,35 m, Breite 2,73 m, Höhe 2,94 m, von 4 Personen bewohnt: ein Gehilfe, Kutscher und zwei Lehrlinge. Die Betten sind folgendermaßen

hergestellt: einfach Stroh, darüber ein Laken, Kopfkissen und Oberbett. Das Stroh war ganz altes, welches ganz vermodert roch. Das Laken ganz klebrig. Die übrige Bettwäsche war schon seit Wochen nicht mehr gewechselt. Der Kutscher sagte mir, er habe sich erst sein Bett zusammenbauen müssen, die Brettlücken und dergleichen in der Gärtnerei erst zusammengesucht. Die Bettwäsche soll solange wie er da war, von Mai bis 1. Oktober, nicht gewechselt worden sein. Der Fußboden ist mit Ziegelsteinen gepflastert, welche abfärben. Die Beinkleider sehen früh ziegelrot aus, denn die Stube wird sehr selten gefegt, geschuert wohl garnicht. Unter dem Bett lagen verfaulte Äpfel und andere verfaulte Dinge, welches ungemünchelt roch. Hatte verschiedene Male gesagt, die Stube soll gereinigt werden, welches aber fruchtlos blieb, sondern es wurde mir erwidert, wir sollten keinen Dreck machen, dann wäre das Reinigen nicht notwendig. Habe daher die Stube selbst einmal ausgemistet. Spaten, Schaufel, Reisigbesen, Harken und sogar Mistgabel waren dazu erforderlich. 2 Karren Dreck und anderer Mist wurde zu Tage gefördert. Dann waren noch 4 Stück Waschbecken vorhanden, welche schwarz wie die Nacht aussahen, sodaß es mich schauderte, in so ein Gefäß sich zu waschen. Vor dem Waschstand war alles schlüpfrig und schmierig, der Dreck war festgetreten. Das Kleiderspind war hochfein in einer Türnische angebracht, davor ein Lappen gehängt, der Staub konnte sich demnach nach Herzenslust ansetzen, sodaß die gute Kluft zu einer dreckigen wurde. Ein verschließbarer Behälter war nicht vorhanden. Stühle waren zwei Stück und ein Schemel vorhanden, der eine Stuhl war sehr wacklig, und der andere hatte nur 3 Füße. Für den vierten Mann war keine Sitzgelegenheit vorhanden, denn der war jung und konnte stehen. Der Tisch war ein gewöhnlicher Gartentisch, welcher auch nichts wert war. Fenster waren in schlechtem Zustande, wurden auch wohl nicht geputzt. Die Lampe war in einen Blumentopf gestellt, denn dieselbe hatte keinen Fuß und war ohne Glocke, dieselbe hatte ein Lehrling gestellt, wahrscheinlich aus Barmherzigkeit, sonst hätte man gar keine gehabt. Ich verlangte eine andere, bekam aber keine. Mittagstunde sollten wir nicht machen, denn es wäre zu kalt dazu. Die Mutter vom Chef wollte uns während der Mittagstunde aus der Bude holen, (hatten erst 1/2 Stunde Mittag gemacht), oder, wie sie sagte: wenn wir nicht raus wollten, uns mit einem Eimer Wasser taufen, was natürlich mit einem Hohngelächter beantwortet wurde. Die Frau selbst war sehr lebenswürdig gegen mich, denn diese drückte sich sehr zweideutig aus, wie zum Beispiel, ich müßte noch Schläge haben usw. Der Chef hatte mich zur Aushilfe eingestellt, bei einem Lohn von 1,50 Mk. pro Tag und freier Station; wie ich nach 14 Tagen mit ihm abrechnete, wollte er bloß 25 Mk. pro Monat bezahlen, womit ich natürlich nicht einverstanden war, mußte ihn daher erst verklagen. Mein Nebenkollege war „christlichen“ Kalibers, fromm und unterwürdig; denn wenn der Chef kam, wußte er nicht, wohin; hatte mit einem Lohn von 10 Mk. pro Monat angefangen und hat es nach 2 1/2 Jahren zu der kolossalen Höhe von 25 Mk. gebracht; das ist Behrenscher Lohntarif. Der Kutscher war 18 Jahre alt und bekam 30 Mk. F. Sch.

Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein.

Berlin N. 37, Metzger Strasse 3. Fernsprecher: Amt 3, 5892.
Geschäftsführer: Georg Schmidt.

Bekanntmachungen.

Der bei den örtlichen Vorständen noch lagernde Bestand an Beitragsmarken à 25 Pfg. ist an die Hauptgeschäftsstelle einzusenden. Die Streikfondsmarken à 25 Pfg. sind jedoch am Orte zu behalten. Ebenso sind die übrigen Beitragsmarken à 30 Pfg. mit der nächsten Abrechnung einzusenden, oder schon früher, wenn der Bedarf für rückständige Beiträge vom Jahre 1905 gedeckt ist.

— Für das IV. Quartal 1905 haben abgerechnet bis zum 22. Januar 1906: Essen, Hanau, Köln, Solingen, Straßburg.

Die noch Rückständigen werden ersucht, baldigst ihren Verpflichtungen nachzukommen.

— Die nach erfolgter Abrechnung für das IV. Quartal noch als Wertbestände am Orte verbleibenden Liederbücher werden in der Hauptgeschäftsstelle als Wertobjekte gestrichen; ebenso die noch am Orte befindlichen Jahrbücher von 1905. Letztere können umsonst an die agitatorisch tätigen Kollegen abgegeben werden.

— Nach dem neuen Statut sollen bei Arbeitslosigkeit auf Antrag der betreffenden Kollegen Arbeitslosenmarken geklebt werden. Diese Marken zählen jedoch nicht bei Berechnung der Karrenzeit für Unterstützungen. Arbeitslosenmarken liefert die Hauptgeschäftsstelle nur auf Bestellung der örtlichen Vorstände und nur in beschränkter Anzahl.

— Wegen Streikbruch in einem anderen Berufe wurde vom Zweigverein Solingen ausgeschlossen Vinzenz Crysam, Buchnummer 40042.

— Hauptvorstands-Sitzung am 15. Januar 1906. Von der Generalkommission liegt ein Schreiben vor, betreffend Vorstandskonferenz im Februar. Kaiser-Frankfurt befindet sich auf einer Agitationstour im Süden. Albrecht erstattet Bericht von der Konferenz des dritten Agitationsbezirks in Hannover am 14. Januar. Über die Frühjahrsbewegung findet eingehende Besprechung statt und werden entsprechende Beschlüsse gefaßt. Dem Antrage Dresden auf Bewilligung der Mittel zur Herausgabe eines Agitationsflugblattes in tschechischer Sprache wird zugestimmt. Löcher. Janson.

— Hauptvorstands-Sitzung am 22. Januar 1906. Schmidt gibt die geschäftlichen Eingänge bekannt. Von einer Resolution aus Stuttgart, betreffend Konflikt in der Vorwärts-Redaktion, wird Kenntnis genommen. Aus Dortmund liegt die Nachricht vor, daß der dortige Zweigverein des „Verbändchens“, infolge des Anschlusses an die christlichen Gewerkschaften, aus dem „Verbändchen“ ausgetreten ist. Auch sonst liegen Nachrichten vor, die auf Verwirrung in den Verbänderreihen schließen lassen. Der Hauptvorstand nimmt davon Kenntnis, zu irgendwelcher Stellungnahme in der Sache hat er keine Veranlassung. Albrecht wird beauftragt, einen Entwurf zu einer neuen Agitationsbroschüre herzustellen, wobei event. die photographischen Wohnungsaufnahmen mit verwendet werden sollen. Die Broschüre von Janson „Zur Lage der arbeitnehmenden Gärtner“ soll den agitatorisch tätigen Kollegen gratis ausgehändigt werden, desgleichen das Protokoll der letzten Generalversammlung. Die Leipziger Ortsverwaltung hat, trotzdem der Hauptvorstand seine Genehmigung dazu versagt hatte, beschlossen, einen besoldeten Frühjahrsagitator anzustellen. Die Nichtgenehmigung jenes Antrages geschah aus reiflichen Erwägungen heraus und wird der Hauptvorstand gegen diesen Disziplinbruch beim Ausschuß Beschwerde erheben. Die Ortsverwaltung Frankfurt a. M. hat ihren Antrag, in Frankfurt einen vollbesoldeten Lokalbeamten anstellen zu dürfen, wiederholt und noch eingehender wie früher zu begründen versucht. Der Hauptvorstand spricht die ganze Materie nochmals reiflich durch, kommt aber auch diesmal wieder zur Ablehnung. Nach Generalversammlungsbeschuß ist der Hauptvorstand gehalten, vor allen Rheinland-Westfalen im Auge zu behalten. Für Frankfurt kommt außerdem in Betracht, daß der Agitationsbeamte für Süddeutschland, Kollege Kaiser, dort Zweidrittel des Jahres zur Verfügung steht. Die aufgerollte Frage kann erst dann event. in nähere Erwägung gezogen werden, wenn Rheinland-Westfalen versorgt ist und wenn über die Tätigkeit des süddeutschen Agitationsbeamten in anderer Weise wie zur Zeit zweckdienlich verfügt werden kann. An der Konferenz des Ersten Agitationsbezirks in Hamburg wird, wie bisher schon an den anderen Agitationskonferenzen, ebenfalls ein Hauptvorstandsmitglied teilnehmen. Löcher. Janson.

Fünfter Agitationsbezirk, Sitz Dresden. In der am 20. Januar 1906 in Dresden stattgefundenen Versammlung wurden die Kollegen Haucke, Förster, Bernhardt, Mix und Leopold in den Bezirksvorstand gewählt. Alle Zuschriften sind zu richten an L. Haucke, Dresden I, Ritzenbergstraße 2. Das Protokoll der Konferenz ist am 11. Januar 1906 der Redaktion eingesandt. Anträge betr. Agitationsversammlungen sind baldigst einzusenden. Alles Nähere durch Zirkular. Die Bezirksleitung.

Schweizerischer Gärtnerfachverband

Geschäftsstelle: Karl Herrmann, Curvenstr. 16. Zürich IV.

Zürich. Öffentliche Gärtnerversammlung am 20. Januar. Arbeitersekretär Reulimann sprach über das Thema: „Wie können die Arbeitsverhältnisse der Gärtner geregelt werden?“ Zum Schluß führt Redner aus, eine Berufskategorie, welche nicht fähig ist, ihre Fesseln zu sprengen und das Sklavenjoch abzuschütteln, sei auch nicht fähig, als Mensch zu leben, und das hoffe er von den Gärtnern nicht. Der stürmische Applaus bewies, daß allen aus der Seele gesprochen war. Die sehr zahlreich benützte Diskussion bewegte sich ausnahmslos im Sinne des Referenten, alle waren einig, daß etwas geschehen müsse. Fischer streifte an der Hand der jetzt aufgenommenen Lohnstatistik die hiesigen Verhältnisse mit satirischen Bemerkungen; das Bild, welches sich da entrollte, spottet aller Beschreibung, es figurieren da Stundenlöhne von sage und schreibe 36 Rappen und Tagelöhne von 3,80 Fr. Kost und Logis werden zumteil als sehr schlecht bezeichnet. Zimmer, wenn auch ein Ofen darin, dürfen nicht geheizt werden. Warum? Weil es Holz und Kohlen kostet. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Eine öffentliche, von ca. 120 Gärtnern besuchte, im Augustiner tagende Versammlung, hat nach Anhörung eines Referats von Genossen Reulimann, Arbeitersekretär, beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten und beauftragt den Vorstand des Gärtnervereins Edelweiß, sofort einen Lohntarif auszuarbeiten und einer am 3. Februar stattfindenden öffentlichen Versammlung vorzulegen.

Schaffhausen. Auch hier sind die Gärtner bekanntlich in eine Lohnbewegung getreten und haben folgende Hauptforderungen an die Prinzipale eingereicht: Minimallohn für Landschaftsgärtner 4,50 Fr., für Topfpflanzen 4 Fr. (!) Für solche, welche diesen Lohn schon haben, 15 Prozent Zuschlag. Überzeit soll mit 25 Prozent, Sonntag und Nachtarbeit mit 50 Prozent bezahlt werden. Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, und darf bei Stundenlohn nicht unter 8 1/2 Stunden und zwar nur im Dezember und Januar betragen. Jeder Arbeiter soll das Recht haben, außerhalb des Geschäfts Kost und Logis zu nehmen. An Sonn- und Festtagen soll die Arbeitszeit 9 Stunden nicht überschreiten.

Briefkasten.

Krankenkasse betreffend. Die Protestkommissionen sind sich schliessig geworden, den Antrag an den Hauptvorstand der K. f. d. G. auf Einberufung einer neuen Generalversammlung vorläufig noch zurückzubehalten. Das neue Gesetz über die Hilfskassen wird voraussichtlich sowieso bald eine neue Generalversammlung erforderlich machen, und möchten die „Protestler“ darum die Kasse nicht in doppelte Kosten stürzen. Im übrigen wird jedoch gebeten, alle noch ausstehenden unterschriebenen Listen an den Kollegen P. Maetzke, Dresden, Fürstenstrasse 57, einzusenden, damit diese im Bedarfsfalle doch noch mit verwendet werden können. Ebenso können jetzt auch Unterschriften noch gesammelt werden.

Inhaltsübersicht zu No. 4:

Protest der Hilfskassen. — Bericht über die erste Konferenz des Fünften Agitationsbezirks. — Deutsche Heimarbeit-Ausstellung. — Siedtische Friedhofsgärtnerei. — Ueber das gärtnerische Zeichnen in Gewerbe- und Fortbildungsschulen. — Rundschaus: Lohntarif in Bayern-Elbfeld; Welche dummes Zeug manche Zeitungsreporter zusammenschreiben. — In den Braunschweiger Konservinenfabriken; Die deutschen Gewerkschaften 1905; Die moderne Entwicklung der Industrie; Wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang; Ehrenstatue für Arbeitswillige; Zur Frage Gewerkschaften und Partei; In der politischen Arbeiterbewegung. — Korrespondenzen: Hamburg, Hannover. — Allgem. Deutscher Gärtnerverein: Bekanntmachungen. — Schweizerischer Gärtnerfachverband: Zürich, Schaffhausen. — Briefkasten. — Feuilleton: Ein neues Weltsystem. Kalte oder geheizte Schlafzimmer. Ueber die Wirkung des Kaffees. Die Sprache des deutschen Mannes. Merkspruch.

★ ★ Anzeigen-Teil. ★ ★

Die viermal gespaltene Petizeile oder deren Raum kostet 25 Pfg., für Mitglieder 10 Pfg.

Schluss der Anzeigen-Annahme: Dienstags früh.

Für den Anzeigenteil übernimmt die Redaktion nur die gesetzliche Verantwortung.

Bei Bestellungen berufe man sich stets auf diese Zeitung.

Für das Gartenbaubureau der Ausstellung Mannheim 1907 wird ein junger Gartentechniker, der flotter Zeichner ist, sofort gesucht. Offerten mit Zeugnisabschr. u. Gehaltsansprüchen an die Geschäftsstelle, Friedrichsplatz 14, in Mannheim, erbeten. (977)

Die Buchhandlung des Allg. D. Gärtnervereins,

Berlin N. 37, Metzger Strasse 3,

empfehlen ihr reichhaltiges Lager von Fachwerken und liefert auch alle anderen Bücher zu Originalpreisen.

Man bestelle jedes beliebige Buch, nenne nur Titel und Verfasser, und die Bestellung wird sofort erledigt werden.

Levy-Otte, Berthold, Musteralbum der modernen Teppichgärtnerei, Preis geb. 6,50 Mk.

Bode, Die praktische Geometrie des Gärtners, Preis geb. 2,00 Mk.

Woermann-Godemann, Das praktische Feldmessen und seine Anwendung in der Gärtnerei, Preis geb. 2,50 Mk.

Stütting, Das Planzeichnen für den angehenden Landschaftsgärtner, Preis 4,00 Mk.

Allendorf, Kulturpraxis der besten Kalt- und Warmhauspflanzen, Preis geb. 10,00 Mk.

Schnurbusch, Der praktische Schnittblumenzüchter der Neuzeit, Preis I. Teil geb. 5,60 Mk., II. Teil 4,80 Mk., beide zusammen in 1 Band 9,00 Mk.

Schnurbusch, Die praktischen Kultureinrichtungen der Neuzeit, Preis I. Teil geb. 3,60 Mk., II. Teil geb. 3,60 Mk.

Schnurbusch, Die Schnittorchideen, ihre rationelle Kultur und Verwendbarkeit als Schnittblume, Preis geb. 1,00 Mk.

Harms, Flieder und Asparagus, Preis geb. 3,00 Mk.

Böttner, Praktisches Lehrbuch des Obstbaues, Preis geb. 8,00 Mk.

Olbrich, Vermehrung und Schnitt der Ziergehölze, Preis geb. 3,40 Mk.

Salomon, Wörterbuch der botanischen Kunstsprache, Preis geb. 1,30 Mk.

Böttner, Praktische Gemüsegärtnerei, Preis geb. 4,00 Mk.

Gielen, Praktischer Gemüsebau Preis geb. 1,20 Mk.

v. Altshofen, Die Buchhaltung des Gärtners, Preis geb. 1,60 Mk.

Held, Das Schreibwerk des Gärtners, Preis geb. 1,00 Mk.

Jubisch, Geschäfts-Korrespondenz für Gärtner, eine Mustersammlung für alle vorkommenden schriftlichen Arbeiten, Preis geb. 1,30 Mk.

Brandis, Dr. jur., Was der Arbeiter vom bürgerlichen Gesetzbuche wissen muss, Preis geb. 1,00 Mk.

Scherm, Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. Preis geb. 1,50 Mk.

Wurm, Gesundheitsschutz in Staat, Gemeinde und Familie, Ausnahmepreis geb. 4,00 Mk.

Anleitung zur Benutzung des Vereins- und Versammlungsrechtes, Herausgegeben von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Preis geb. 0,60 Mk.

Frohne, Arbeit und Kultur. Dieses Werk empfehlen wir den agitatorisch tätigen Kollegen zum eifrigen Studium, Preis geb. 2,00 Mk.

Arons, Dr., Die preussische Volksschule und die Sozialdemokratie, Einleitung von Dr. Max Quark, Preis geb. 0,20 Mk.

Bebel, A., Die Frau und der Sozialismus, Preis geb. 2,50 Mk.

Kautsky, K., Karl Marx' Oekonomische Lehren, gemeinverständlich dargestellt und erläutert, Preis geb. 2,00 Mk.

Kautsky, K., Das Erfurter Programm, in seinem grundsätzlichen Teil erläutert, Preis geb. 2,00 Mk.

Deutsch, Leo, Sechzehn Jahre in Sibirien, Preis geb. 3,50 Mk.

Obst- u. Gemüseland

in Frankfurt a. O., Bergstr. 46, 13 1/2 Morgen, ca. 4000 Obstbäume u. Sträuch., 8 Morgen Wiese, 57 m Front, s. gute Spekulation, weg. Todesfall sofort ganz od. get. z. verk. Näh. auch Gierschner, Rixdorf, Emserstrasse 40. (974/4)

Lichtenrade.

Nie wiederkehrende Gelegenheit. Mit der Strassenbahn Behrenstrasse-Mariendorf für 10 Pf. zu erreichen, verkaute Quadratrute 15 Mk. Georg Knaak, Berlin S.W., Kreuzbergstr. 5, I.

Geld

gibt diskret, evtl. ohne Bürgschaft. Rückzahlung nach Uebereinkunft. (965/13) Haacke, Berlin NW. 6, Albrechtstr. 11. Viel.Dankschr.

Gärtnerlehranstalt Köstritz

(Thüringen).

Abteilung I. Sommer- resp. Winterkursus für Gehilfen, die zeitgemässe, wissenschaftl. Fachausbildung und gesicherte Lebensstellung erstreben. Auf die Fachwissenschaften: Blumenzucht, Treiberei, Obstbau, Pomologie, Weinbau, Dendrologie, Landschaftsgärtnerplanzeichnen, Modellieren, Gemüsebau, Weinbau, Rosenzucht, wie auf die Hilfswissenschaften: Botanik, Chemie, Physik, Rechnen, Correspondenz, Buchführung, Geschäftskunde, wird grösster Wert gelegt. Teilnahme am Sprachunterricht in Englisch und Französisch freiwillig. Bebingungen günstig. Kostenaufwand verhältnismässig gering.

Abt. II, Kursus für Berechtigung zum einjähr.-frei. Dienst.

Abt. III. Kursus für Gartenarchitektur und Landschaftsgärtnerei.

Älteren Gehilfen Eintritt als Volontär gestattet. Prospekt und Auskunft durch

Direktor Dr. H. Settegast

Ein Ackerplan,

40 Morgen gross, für Obst- und Gemüseplantagen vorzüglich passend, in guter Kultur mit 2 1/2 Morgen gutbestandenem fünfjährigem Spargel mit 21 Obstbäumen, nahe der Stadt mit Konserven-Fabrik, teilweise Zuckerrüben-Boden (nachweislich 170 Zentner pro Morgen geerntet), bin ich willens, wegen Aufgabe der Landwirtschaft sofort im Ganzen oder geteilt zu verkaufen.

Anzahlung nach Uebereinkunft. Reflektanten wollen sich mit mir in Verbindung setzen.

Franz Meyer, Osterburg i. d. Altmark. (971/4)

In der Umgegend Hamburgs habe ich rentable

★ Gärtnereien ★

zu äusserst günstigen Bedingungen zu verkaufen. (970/5)

Nähere Auskunft erteilt der Haus- und Assekuranzmakler Moritz Seligmann, Wandsbeck, Hamburger Str. 14.

Jüngerer Gärtner

zur Verwaltung grossen Gartens, hauptsächlich Obst- und Gemüsebau, wird zum 1. Februar oder 1. März gesucht. Offerten unter F. 2212 an Invalidendank, Berlin W. 64.

Verkehrslokale für Gärtner.

Die Allg. Deutsche Gärtner-Zeitung liegt aus.

Barmen, Restaur. Hildebrandt, Unterbarmen, Alleestr. 42, Lokal der Ortsverwaltung Barmen-Elberfeld. (916/14,06)

Berlin N., Metzgerstr. 3, Verkehrslokal, Herberge und Hauptstellennachweis.

Berlin G., Neue Friedrich-Strasse 43, Ernst Büchner

Blankenese, Wedeler Chaussee, b. Bhf., Rest. z. Waldschlucht, D. Meier, Vereinslokal des Zw.-Ver. (458/40)

Bremen, C. Greve, Faulenstr. 22, Herberge u. Verkehrsl. Jed. 1. u. 3. Dienstag im Monat. Vereinsversammlung. (770/38)

Breslau, Restaurant Ferdinand Schulz, Schuhbrücke 42, Vereinslokal. (819/26)

Charlottenburg, Sophie Charlotten-Strasse 22, Rest. Wilhelm Riedel, gr. Mittagstisch, Gärtnerverkehr. (628/18)

Dresden-A., Ritzenbergstr. 2 und Maxstrasse 13, „Dresdener Volkshaus“, Verkehrslokal und Herberge. (636/15)

Düsseldorf, Flingerstr. 40-42, Zum goldenen Schellfisch, W. Düllberg, gute Küche u. Logis, zivile Preise. (428/34)

Frankfurt a. M., Schlesinger Eck, Gr. Gallusgasse 2, Zentralverkehr d. Gärtner Frankfurts. Jed. Samstagversammlung.

Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee 45, Eduard Pallas, Restaurateur. (474/48)

Friedrichsfelde b. Berlin, Rest. Neumann, Luisenstr. 15, Vereinsl. d. Zweigv. Friedrichsfelde des A. D. G.-V. (501/8 05)

Halensee, Rest. Siebert, Kronprinzendam (Kurfürstenpark) Vereinsl. (715/28)

Halle a. S., Englischer Hof, Gross-Berlin 14, Vereinsl. u. Herberge d. A. D. G.-V., Zwg. Halle. Versammlung alle 14 Tage (Sonnabends). (956 18)

Hamburg, Rest. Kling, Drehbahn 48. Arbeitsnachweis von 10 bis 12 Uhr. Mittagstisch 50 Pfg. (728/31)

Hannover, Hallers Gasthaus, Bockstr. 11. Kollegen sind jeden Tag zu treffen.

Leipzig, Münzgasse 7, Onderka, Rest. „Zum Schliesier“, Verkehrsl., Herberge u. Stellennachweis des A. D. G.-V. (608/47)

Lichtenberg-Friedrichsberg, Franz Klenner, Rest. Atztpdienstr. 48. (758/35)

Magdeburg, Berlinerstr. 9, Restaurant „Zum alten Fritz“, Vereinsl. (428/36)

Mannheim H. 3., Scheer, Restaurant Prinz Max, Vereinsl. des Zweigvereins Kollegen täglich anwesend. (524/52)

München, Gasth. „Gambrinus“, Sendlingerstr. 19. Vereinslokal des Zwgvs. München. Vslg. alle 14 Tg. (928/8)

Nieder-Schönhausen b. Berlin, Rest. „Zum schwarzen Adler“, H. Uhlitz, Blankenburgerstr., Vereinslokal. (590/8)

Nieder-Schönhausen, Rest. Ludwig, Kaiser Wilhelmstrasse 5. (842)

Pankow bei Berlin, Pankower Gesellschaftshaus Paul Rozycki, Kreuzstr. 3-4. Vereinslokal des Zweigvereins. (518/49)

Ramsdahl, Rest. Bertram, Blumen-Strasse 29. Verw. R. Berbecker. (962/29)

Schöneberg, Meiningerstr. 8 u. Martin Lutherstr. 51, E. Obst's Festsäle. (407/35)

Stellingen bei Hamburg, A. Langes Klub- und Ballhaus, Kielerstrasse 211. Gute Bedienung. (585/52)

Stuttgart, Gasthaus „Zur Glocke“, Marktstr. 19, Vereinslokal des A. D. G.-V. (448/38)

Trier, Gewerkschaftshaus, Gartenfeld-Str. 32. Vslg. jed. 1. u. 3. Mittwoch. (680/9)

Wandsbeck, Sternstr. 27, O. Wittmann, Vereins- u. Gewerkschaftshaus, Verb.-Herberge, Vereinslok. der Gärtner. (408/35)

Wandsbeck, Lübecker-Strasse 55, W. Jenicke, Wandsb. Gesellschaftshaus, Kollegen jeden Abend zu treffen. (680/9)

Weissensee, Falkenbergstr. 9, Rest. Friedr. Kehrer, gute Bedienung. (449/38)

Wiesbaden, Rest. 3 Könige, Marktstr. Vereinslokal d. Wiesb. Zweigv. (750/84)

Linden

(16 cm Durchmesser) hat zu verkaufen W. Brandenburg, Gastwirt, Falkenhagen bei Seefeld. (972/4)

„Die Bindekunst“

nimmt entgegen die Buchhandlung des Allg. Deutschen Gärtnervereins. Preis pro Vierteljahr 2,00 Mk.

Zu sofort oder später selbsttätige, fleissige

Gärtnerin

gesucht. Zeugnisabschriften mit Gehaltsforderungen erbeten

C. Krieg, Dominum Cammerhof, (975) bei Doberan (Meckl.)

Gärtnergehilfe,

in Topf, Gemüse und Landschaft erfahren, findet gute Stellung. Gehalt nach Leistung und gute freie Station.

Karl Schneider, Lehr (Baden), (978) Kunst- u. Handelsgärtner.

Gutgehende Gärtnerei

mit Haus und Treibhäusern, in grosser Stadt, für 20 Mille, Baustellenwert, sofort zu verkaufen. Anz. nach Uebereink. Richard Müller, Eberswalde. (976)